

P R E S S E T E X T – Medieninformation

Umfrage mit hoher Rücklaufquote brachte klares Ergebnis:

Parteiobleute mehrheitlich für Gleichbehandlung

Das mit Spannung erwartete Ergebnis der Umfrage des Katholischen Familienverbandes und des Österreichischen Familiennetzwerkes liegt nun vor.

Aus Anlass der bevorstehenden Gemeinderatswahlen wurden alle Kärntner Gemeindeparteiobleute zum Thema Gleichbehandlung in der Kinderbetreuung befragt.

Folgende Antwortmöglichkeiten wurden vorgelegt:

- **Ja, ich bin dafür, dass die Kinderbetreuung innerhalb der Familie und die Betreuung in einer Institution finanziell gleich behandelt werden.**
Begründung:
- **Nein, ich bin dagegen, dass die Kinderbetreuung innerhalb der Familie und die Betreuung in einer Institution finanziell gleich behandelt werden.**
Begründung:

87 % der antwortenden Gemeindeparteiobleute sprechen sich für eine finanzielle Gleichbehandlung von familieninterner und familienexterner Kinderbetreuung aus. Mit JA antworteten Ortsparteiobleute von der ÖVP, FPÖ, SPÖ und Grüne und Sonstige aus ganz Kärnten. Insgesamt ist der Rücklauf mit einer Quote von 17 % erfreulich hoch. Die Antworten sind überwiegend detailliert begründet.

In der Argumentation für eine Gleichbehandlung wird übereinstimmend zum Ausdruck gebracht, dass Familie der beste Ort für Kinder und die Betreuung innerhalb der Familie als beste Form der Kinderbetreuung angesehen wird. Aus Sicht des Kindes und zum Wohl des Kindes. Eltern sollen in ihrer Entscheidung freie Wahl haben und die Betreuungsformen sollen gleichbehandelt werden. Kinder brauchen ihre Eltern als Bezugspersonen. Der Ansatz einer Gleichbehandlung in der Kinderbetreuung ist im ländlichen Bereich stärker Thema als im städtischen. Bemerkenswert ist, dass sich bei den JA-Antworten die Obleute fraktionsübergreifend und mehrheitlich zu diesem Ziel bekennen!

13 % der eingelangten Antworten sprechen sich gegen eine finanzielle Gleichbehandlung der Kinderbetreuung aus.

Die Nein-Antworten kommen zu gleichen Teilen aus den Reihen der Grünen und der SPÖ, die diese Antworten auch begründen. Auffallend in der Analyse: in den Begründungen wird teilweise nur bedingt bis gar nicht auf die Fragestellung eingegangen.

Argumente wie:

- Frauen werden durch eine Gleichbehandlung veranlasst zu Hause zu bleiben und an der Karriere gehindert
- Geld für eine Betreuung innerhalb der Familie wird an andere Stelle den Betreuungseinrichtungen abgezogen
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau ist durch eine solche Maßnahme nicht gewährleistet

begründen nicht die Frage, was gegen eine Gleichbehandlung bei der Kinderbetreuung spricht.

Die Parteien im Einzelnen

SPÖ

Aus den Reihen der SPÖ, die stärkste Fraktion im Land ist, kamen im Verhältnis zur Größe am wenigsten Antworten.

2/3 der antwortenden Obleute sprechen sich FÜR eine Gleichbehandlung, 1/3 dagegen aus.

FPÖ

Alle von der FPÖ eingelangten Antworten sprechen sich FÜR eine Gleichbehandlung aus.

ÖVP

Die meisten Antworten kommen aus den Reihen der ÖVP.

Hier sprechen sich – mit einer Ausnahme - alle für eine Gleichbehandlung aus.

Grünen

Im Verhältnis zur Vertretung in den Gemeinden kommen von den Grünen überproportional viele Antworten. Die Grünen sprechen sich knapp mehrheitlich FÜR eine Gleichbehandlung aus.

Das NEIN kommt eher aus dem städtischen, das JA aus dem ländlichen Bereich.

Sonstige

Antworten mit JA

Trotz der hohen Rücklaufquote ist zur Kenntnis zu nehmen, dass 82 % der Obleute nicht antworten.

Daraus ergibt sich die Frage:

Sind Familie und Kinderbetreuung keine Themen, die die Bürger und die Öffentlichkeit interessiert?

Es entsteht der Eindruck, dass der Abstand zwischen Wähler und Bürger auch im Bereich der Kommunalpolitik zunehmend größer wird. Auffallend ist auch ein Land-Stadtgefälle: aus den Bezirksstädten gab es kaum Rückmeldungen. Je kleiner der Ort, desto mehr Antworten und auch desto mehr PRO Antworten.

Die Umfrage macht klar, dass es in den genannten Gemeinden entscheidende politische Verantwortungsträger gibt, die sich für eine Gleichbehandlung aussprechen. Setzen sie sich aber auch dafür ein, oder sind sie nur dafür? Hat ihr „dafür sein“ Konsequenzen?

Es geht um Gleichbehandlung – bisher gibt es diese nicht. Bei echter Wahlfreiheit muss als Voraussetzung eine Gleichbehandlung gegeben sein.

Die Familien sind sehr gespannt, ob diesem Wunsch Taten folgen, zumal 57 % der Familien niemals institutionelle Kinderbetreuung in Anspruch nehmen (Lt. IHS Bedarfserhebungsstudie der Kärntner Landesregierung 2013). Die Familien freuen sich auf Umsetzung.

Die Bürger haben die Möglichkeit im Internet unter www.familie.at/kaernten die Ergebnisse nachzulesen. Die Antworten sind alphabetisch nach Orten gereiht. Aus Orten, die in der Liste nicht aufgeführt sind, haben uns keine rechtzeitigen Antworten erreicht.

Rückfragehinweis

Gudrun Kattinig

Katholischer Familienverband Kärnten

Tarviserstraße 30/ 9020 Klagenfurt - Mobiltelefon +43 (0) 676 8772-2448

info-ktn@familie.at

www.familie.at/kaernten